INFO-MAIL der DFG-VK-Gruppe MA-LU

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,
liebe Antimilitaristinnen und Antimilitaristen,
liebe Pazifistinnen und Pazifisten,

Anregungen, Kritik oder Lob zu dieser Mail vom 22.06.25 bitte an mannheim@dfg-vk.de
Die Info-Mail darf gern weitergeleitet werden. Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, sendet eine Mail an mannheim@dfg-vk.de

Wie üblich weisen wir auf wichtige Veranstaltungen und Aktionen und Aktivitäten hin mit der Bitte sie zu unterstützen und zu teilen.

Mit friedlich-freundlichen Grüßen für die DFG-VK-Gruppe MA-LU

Otto Reger
Kontakt: 017650218312

Völkerrechtswidrige Angriffe auf den Iran
In Kumpanei mit der Regierung Netanjahu haben nun auch die USA den Iran angegriffen und das Völkerrecht verletzt. Wie zu erwarten, schlägt auch das iranische Regime weiterhin militärisch zurück. Menschen sterben und werden in Angst und Schrecken versetzt. Lügen und Desinformation werden verbreitet, beispielsweise, dass die Waffen so präzise eingesetzt werden könnten, dass es keine zivilen Opfer gäbe und der Iran kurz vor einer Atombombe stünde. Erneut wird deutlich, dass es für Konflikte und Sicherheit keine militärische „Lösung“ gibt und Abschreckung nicht funktioniert.
Der **DFG-VK-Bundesverband** verurteilt die völkerrechtswidrigen Angriffe der USA und Israels auf den Iran. Der Verband sorgt sich nicht nur um die Opfer, sondern auch um eine dauerhafte Erosion des internationalen Rechts. In seiner Presseerklärung vom 23.06.25 weist er darauf hin, dass der atomare Nichtverbreitungsvertrag und der Atomwaffenverbotsvertrag eingehalten werden müssen, welche Bedeutung das von Trump 1 gekündigte Iran-Atomabkommen hat und wie sich die DFG-VK gegen jedes Atomabkommen einsetzt. Weiterlesen.

Deutsche Staatsräson oder Völkerrecht?
Zur Geschichte und Zukunft Palästinas
Fr. 27. Juni 2025, 19-21.30 Uhr, Mannheim, DGB-Jugendraum, Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Straße 3, 68161 MA, Infoveranstaltung mit dem Autor und Historiker Dr. Arne Andersen
Der Hamburger Historiker Dr. Arne Andersen – Autor des Buches „Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?“ – unternimmt mit uns eine Reise durch die Geschichte Palästinas von 1850 bis heute. Er fragt sich angesichts des jetzigen Gaza-Krieges: Soll Palästina von der Landkarte verschwinden? Ein Blick in die Vergangenheit kann dabei helfen, denn um 1850 lebten Muslime, Christen und Juden noch gut nachbarschaftlich in Städten und Dörfern zusammen. Was hat sich seitdem verändert? Wie ist aus Nachbarschaft diese heutige unerbittliche Feindschaft geworden? Anhand zahlreicher Karten, Bilder und Diagramme weist er die Entwicklung dieses Konflikts nach.
Veranstalter: Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!” unterstützt von attac LU, attac MA,

DFG-VK MA-LU, IGBCE OG Weinheim, ISO Rhein-Neckar, IWA e. V.
Flyer runterladen

Zu diesem Thema sind die aufschlussreichen Aussagen von Omri Boehm und die Erklärung von Aktion Aufschrei wissenswert.

„Eine Welt, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlaubt, erlaubt sie auch gegen Juden“
Das betonte der israelische Philosoph Omri Boehm, Enkel von Überlebenden des Holocausts. Er ist ein scharfer Kritiker der israelischen Regierung von Benjamin Netanjahu. Diese Äußerungen machte Boehm bei einer Veranstaltung der Süddeutschen Zeitung in München. „Dass wir in einer Welt leben, in der Kriegsverbrechen akzeptiert werden, zeigt, dass wir in einer Welt leben, die Nie wieder nicht verstanden hat.“ Wenn die Bundesregierung wegen einer angeblichen Staatsräson israelische Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verurteile und Benjamin Netanjahu trotz eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs auf deutschem Boden nicht festnähme, dann übernehme sie keine Verantwortung für die eigene Geschichte. Die wahre Lehre aus dem Holocaust, findet Boehm, muss für Deutschland wie den Rest der Welt die „Verantwortung gegenüber dem Völkerrecht“ sein – nicht die bedingungslose Unterstützung israelischer Kampfhandlungen. Mehr an Wissenswertem gibt es im SZ-Artikel vom 17.06.25

Angriff ist keine Verteidigung! Rüstungsexporte nach Israel stoppen!
In einer PM vom 19.06.25 kritisiert „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ die Haltung der Bundesregierung gegenüber Israel angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs auf Iran. Angriff ist keine Verteidigung! Der israelische Angriffskrieg muss eindeutig als solcher benannt und umgehend sanktioniert werden. Die Bundesregierung muss alle Rüstungsexporte nach Israel sofort stoppen, da sie sich sonst grundgesetzwidrig der Unterstützung eines Angriffskrieges schuldig macht. Die aktuellen Genehmigungen für Rüstungsexporte in Höhe von rund 4 Mio. Euro müssen widerrufen werden! Die gesamte Erklärung steht hier auf der Aufschrei-Website

Termine
Weitere Veranstaltungstermine und Aktionen gibt es auf unserer Homepage unter „Termine“.